

pflichtung der Bundesregierung, den Verbrauch zwischen 2008 und 2020 um 20 Prozent zu drosseln, ist damit kaum mehr realistisch.

Die Artenvielfalt in Deutschland ist deutlich zurückgegangen, was sich etwa am sogenannten Vogel-Index ableSEN lässt, der ein guter Indikator für die Biodiversität, also die landschaftliche Vielfalt, ist. Bereits 2002 hatte sich die damalige Regierung auf die Fahnen geschrieben, bis 2015 wieder das Niveau der 1970er-Jahre erreichen zu wollen. Tatsächlich stagniert der Wert auf deutlich niedrigerem Niveau. Hinzu kommt ein dramatisches Insektensterben.

Insgesamt macht die Bestandsaufnahme deutlich, dass „viel zu tun ist, um die Nachhaltigkeit in Deutschland zu steigern“. Dabei bestünden in Teilbereichen durchaus Zielkonflikte. Im Großen und Ganzen sei die nötige Stoßrichtung jedoch klar: Der Staat muss seinen in der Finanzpolitik gewonnenen Spielraum nutzen, um den ökologischen Umbau voranzutreiben – und gleichzeitig durch gezielte Umverteilung die Einkommensunterschiede reduzieren. <

Quelle: Fabian Lindner: Wie nachhaltig ist Deutschland? Das Neue Magische Viereck der Wirtschaftspolitik 2008-2016, IMK-Report 131, November 2017 Download: bit.do/impulsog88

UNTERNEHMEN

Steuervermeidung stoppen

Internationale Konzerne verschieben ihre Gewinne ganz legal in Steueroasen. Dagegen kann Deutschland auch im Alleingang etwas tun – und muss nicht auf neue EU-Regeln warten.

Ein internationaler Konzern verkauft in Deutschland teure Mobiltelefone mit hoher Gewinnspanne. Steuerlich relevanten Gewinn macht die für den Verkauf zuständige deutsche Tochtergesellschaft trotzdem kaum. Wie das geht? Ganz einfach: Die ausländische Muttergesellschaft erlegt der FirmenTochter in Deutschland hohe Zahlungsverpflichtungen auf; beispielsweise muss die Niederlassung hohe Kreditzinsen oder Lizenzgebühren an die Konzernzentrale zahlen. Diese Beträge werden vom deutschen Finanzamt als Kosten anerkannt und bei der Ermittlung der Steuerlast vom Gewinn abgezogen. Die Einnahmen werden dann erst am Sitz der Muttergesellschaft besteuert – oder auch nicht, wenn deren Briefkasten in einer Steueroase steht.

Dadurch entgehen dem Staat Milliarden, die er für Investitionen in Bildung und Infrastruktur gut gebrauchen könnte, und kleinere Unternehmen werden vom Markt verdrängt. Denn Mittelständlern fehlen in aller Regel die Mittel, länderübergreifende Netzwerke zum Steuersparen auf-

zubauen. Sie müssen sich – nach Abzug der Steuern – mit niedrigeren Gewinnen zufriedengeben.

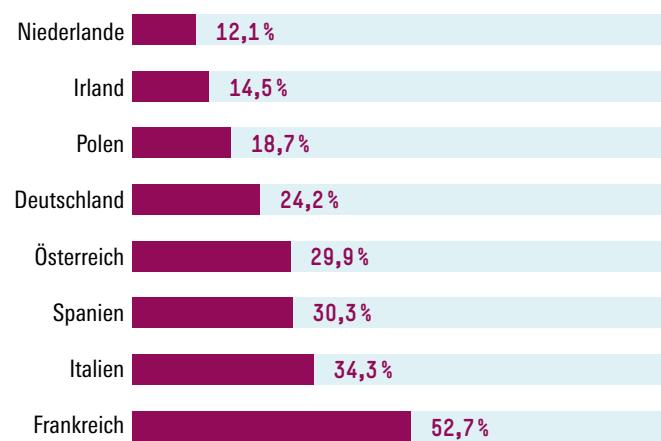
Die Missstände seien zwar bekannt, dagegen sei aber nur mit schwierig auszuhandelnden internationalen Steuerabkommen etwas zu unternehmen, heißt es oft. Der Steuerexperte Lorenz Jarass von der Hochschule Rhein-Main widerspricht dieser Sichtweise energisch. Tatsächlich könne der deutsche Gesetzgeber diese bislang legalen Formen von Steuervermeidung zu einem guten Teil unterbinden. Nämlich durch Quellensteuern auf Zinsen und Lizenzgebühren, die sich im Einklang mit den einschlägigen EU-Richtlinien einführen ließen. Dann würde jedes Unternehmen erst einmal zahlen und nur wer nachweisen kann, dass die zugrunde liegende Wertschöpfung bereits anderswo mit einem bestimmten Satz besteuert worden ist, bekäme die Quellensteuer erstattet. Für Zinsen oder Lizenzgebühren, die nirgendwo anders versteuert werden, würde eine „Abzugsbeschränkung“ greifen: Sie würden vom Finanzamt nicht mehr als abzugsfähige Kosten anerkannt. Auf diese Weise wäre sichergestellt, dass

- ▶ kein Gewinn unversteuert bleibt,
- ▶ kleine einheimische Firmen nicht gegenüber großen internationalen Unternehmen benachteiligt würden,
- ▶ es aber trotzdem zu keiner Doppelbesteuerung desselben Vorgangs kommt.

Bei einer Quellensteuer von zehn Prozent und Einführung einer Abzugsbeschränkung würde das jährliche Steueraufkommen Jarass zufolge um etwa sechs Milliarden Euro steigen. Das wäre aber noch nicht alles. Gleichzeitig würden Arbeitsplätze gesichert, weil die Verlagerung von Firmensitzen ins Ausland ihren steuerlichen Reiz verlieren würde. Außerdem könnte das deutsche Beispiel andere Staaten ermuntern, ähnliche Maßnahmen einzuführen, „wodurch schrittweise eine internationale Abstimmung erreicht werden könnte“. <

Kapital kommt günstig davon

So wurden Unternehmens- und Vermögenseinkommen 2015 besteuert...



Quelle: Eurostat 2017
Grafik zum Download: bit.do/impulsog89 Daten: bit.do/impulsog90

Hans Böckler
Stiftung

Quelle: Lorenz Jarass: Deutsche Muttergesellschaften stärken, Steueroasen (z.B. Patentboxen) austrocknen, in: Wolfgang W. Kraft, Andreas Stiegl (Hrsg.): WCLF Tax and IP, September 2017 Download: bit.do/impulsog91